

# Friedenspädagogische Konfliktanalyse Ruanda

## WO? In welchem Land/ in welcher Region findet der Konflikt statt?

Ruanda, Subsahara-Afrika, Große-Seen-Region



Lagekarte Ruanda  
Quelle: The World Factbook 2021



Landkarte Ruanda  
Quelle: The World Factbook 2021

## WER? Welche Konfliktparteien sind beteiligt?

Hauptsächlich ein innerstaatlicher Konflikt zwischen den Bevölkerungsgruppen der **Hutu und Tutsi** mit erheblichen Auswirkungen auf Nachbarstaaten. Der Konflikt führte in Ruanda zum Genozid, aber er wird seit der Entkolonialisierung auch in Burundi und dem Osten der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) (früher Zaire) ausgetragen.

## WANN? Was sind die zentralen Ereignisse im Konflikt?

**1899–1918 & 1919–1962:** Kolonialherrschaft Deutschlands und dann Belgiens. Die Kolonialmacht Belgien herrscht mit Hilfe der Tutsi-Monarchie. Die Folge ist die strukturelle Diskriminierung von Hutu und die Verfestigung der Privilegien von Tutsi.

**1959–1962:** Hutu-Revolution gegen die Tutsi-Monarchie und Unabhängigkeit von Belgien

**1990–1994:** Es werden mehr politische Parteien zugelassen. Gleichzeitig darf die Presse freier agieren, jedoch vor allem dann, wenn dies den Interessen der Regierung dienlich ist.

**1990–1993:** Einmarsch der Rwandan Patriotic Front (RPF) aus Uganda (01.10.1990) und anschließender Bürgerkrieg im Norden des Landes. Beendet durch Friedensvertrag von Arusha (the Arusha Accords) (04.08.1993). Einrichtung einer Blauhelm-Mission der Vereinten Nationen (UNAMIR) zur Überwachung des Abkommens

**6. April 1994: Tod des Hutu-Präsidenten Habyarimana** durch Abschuss seines Flugzeugs. Mit an Bord und ebenfalls tödlich verunglückt ist der burundische Präsident Ntaryamira (ebenfalls Hutu).

**April bis Juli 1994:** Beginn des 100-tägigen Völkermords an den Tutsi durch Hutu-Milizen, Ermordung von mind. 800.000 bis zu einer Million Menschen innerhalb dieses Zeitraums. Beendet wird der Genozid durch den Einmarsch der RPF-Armee aus Uganda.

### **WIE? Mit welchen Mitteln wird der Konflikt ausgetragen?**

Der Bürgerkrieg, welcher 1990 beginnt, findet zwischen der Rwandan Patriotic Front (RPF) und der ruandischen Armee statt. Die RPF bildet sich in Uganda und besteht aus vertriebenen Tutsi bzw. deren Nachkommen und oppositionellen Hutu. Frankreich unterstützt das Hutu-Regime unter Präsident Juvénal Habyarimana, das bis 1994 besteht, u.a. mit der Entsendung von Truppen im Kampf gegen die RPF.

Der Völkermord 1994 wird unter Anleitung durch die Armee, die Präsidialgarde, von kommunalen Beamten und radikalen Hutu-Milizen sowie von einem Großteil der zivilen Hutu-Bevölkerung begangen. Ihre Hauptwaffen des Völkermordes sind Machete und Knüppel. Erstere sind im stark landwirtschaftlich geprägten Ruanda als Werkzeug weit verbreitet und werden zudem unmittelbar vor dem Völkermord zusätzlich verteilt. In manchen Fällen werden die Zivilist:innen von Milizen oder der Armee dazu gezwungen, mit dem Töten zu beginnen, wenn sie nicht selbst getötet werden wollen. Danach morden sie oft selbständig weiter. Zudem werden moderate Hutu ermordet und zwischen 250.000 und 500.000 Menschen vergewaltigt.

Hinzu kommen diverse Methoden der Folterung und Erniedrigung vor der Ermordung der Opfer. Insgesamt werden, je nach Schätzung, zwischen 500.000 und 1.000.000 Menschen getötet. Die lokalen Milizen und Regierungsorgane bereiten im Vorlauf des Genozids Listen mit Opfern vor. Die potenziellen Opfer werden durch einen entsprechenden Eintrag in ihren Ausweisdokumenten als Tutsi identifizierbar; eine Praxis, die von den Kolonialmächten eingeführt wurde. Dadurch ist es für die Opfer sehr schwierig, der Ermordung zu entkommen. Der Völkermord wird auch durch Propaganda vorbereitet, beispielsweise durch den staatlichen Radiosender Radio Télévision Libre des Mille Collines“ (RTML), der die Tutsi mit abwertenden Begriffen betitelt und fordert, dass das Land sich von ihnen befreien müsse.

## **WARUM? Welche Erklärungen gibt es für den Konflikt?**

### **Konstruktion von Gruppenunterschieden durch Kolonialmächte (kultureller und machtbasierter Erklärungsansatz)**

Hutu und Tutsi teilen sich eine gemeinsame Geschichte, Sprache und Religion. Vor der Kolonialisierung bedeuten die Worte lediglich, dass jemand Ackerbauer:in ist (Hutu), also Pflanzen anbaut oder Viehbesitzer:in (Tutsi). Die Kolonialmächte konstruieren angebliche Unterschiede aufgrund rassistischer Zuschreibungen zu den Gruppen. Die Kolonialmächte sehen die Tutsi als ihnen ähnlich an, was Erscheinung, Charakter und Intelligenz betrifft. Sie werden daher bevorzugt. Obschon dies Fremdzuschreibungen sind, prägen sie dennoch die Selbstwahrnehmung der Betroffenen und werden verstärkt durch reale Unterschiede z.B. in der politischen Teilhabe oder im Zugang zu Bildung. So wird die Hutu-Revolution von 1959-1962 von Gewaltakten zwischen den Gruppen ausgelöst und vorangetrieben. In den ersten Kommunal- und Parlamentswahlen siegen, ihrem Bevölkerungsanteil von etwa 80% entsprechend, vor allem Hutu-Kandidat:innen. Die Tutsi machen etwa 15% der Bevölkerung aus. Die Tutsi-Monarchie wird 1962 von einer Republik unter Herrschaft der Hutu abgelöst, die jedoch bald zur Diktatur wird. In Ruanda wird, begünstigt durch Angriffe von zuvor vertriebenen Tutsi aus Nachbarländern und Massakern an Hutu in Burundi, das Narrativ einer Bedrohung durch die Rückkehr der Tutsi-Monarchie aufgebaut. Beide Seiten entwickeln durch ihre historischen Erfahrungen ein Opfer-Narrativ, sodass der Völkermord von 1994 als Akt der

Selbstverteidigung zur Verhinderung der bevorstehenden, erneuten Unterdrückung und Ausbeutung durch die Tutsi gilt.

### **Versuch des Machterhalts des Regimes durch Bedrohungsnarrativ (machtbasierter Erklärungsansatz)**

Im Laufe der 1980er Jahre verschlechtert sich die Situation für das Regime unter Habyarimana zusehends: Der Kaffeepreis bricht ein (mit Abstand das bedeutendste Exportgut), die Bevölkerung wächst mit 3,7 % pro Jahr stark an und der Druck seitens der Nachbarstaaten steigt, Flüchtlinge aufzunehmen (Exil-Tutsi v.a. aus Uganda und verfolgte Hutu aus Burundi). Zudem drängt die französische Regierung, selbst unter Druck durch die eigene Bevölkerung, ihre Afrika-Politik hin zu einer Demokratisierung des Landes zu ändern. Die Weltbank mahnt die Einhaltung eines Strukturanpassungsprogrammes an, damit Ruanda weitere Kredite erhalten würde, was allerdings eine Demokratisierung der Verteilung der Einkünfte aus Wirtschaft und Entwicklungshilfe bedeutet hätte. Der Friedensvertrag von Arusha sieht außerdem eine Integration der RPF-Truppen in die Armee vor, was die Entlassung von zahlreichen Hutu-Soldat:innen bedeutete. All diese Faktoren gefährden die Machtbasis des Regimes. Um die entstehenden Verteilungskonflikte und die Unzufriedenheit in der Machtelite des Landes zu bewältigen und die Notwendigkeit des eigenen Machterhalts gegenüber den neuen Parteien und in den Augen der Bevölkerung zu rechtfertigen, wird das Bedrohungsnarrativ reaktiviert bzw. intensiviert. Viele Bürger:innen sind durch die skizzierten Entwicklungen erwerbs- und besitzlos, frustriert und leicht empfänglich für diesen Versuch des Machterhalts des Regimes. Zudem stellt der Raub von Besitztümern der Tutsi und die Übernahme des Landbesitzes eine Möglichkeit dar, die eigene (oft schlechte) Einkommenssituation zu verbessern.

# FRIEDENSPOTENZIALE

## Welche Friedensbemühungen gibt es bereits?

### International

Die RPF setzt 1990 auf **militärische Konfliktbearbeitung**, um die Gegenseite an den Verhandlungstisch zu zwingen. Ebenso wird der Genozid erst mit dem stetigen Vorrücken und der Machtübernahme der RPF beendet. Die UN Peacekeeping-Mission (United Nations Assistance Mission for Rwanda = UNAMIR), die im Friedensvertrag von Arusha vorgesehen ist, ist unpassend gestaltet. Die ca. 2.500 Soldat:innen besitzen nur das Mandat, Gewalt zur Selbstverteidigung einzusetzen, aber nicht für den Fall, dass eine Partei das Friedensabkommen von Arusha verletzt. Auf Frühwarnzeichen wird nicht mit einer Anpassung des Mandats und einer Truppenaufstockung reagiert. Als zehn belgische Blauhelmsoldat:innen getötet werden, wird die Truppe zwei Wochen nach Beginn des Völkermordes von 2.500 auf 270 Soldat:innen reduziert. Das Eingreifen Frankreichs im Rahmen der Opération Turquoise ist umstritten<sup>1</sup>.

In den Jahren nach dem Genozid von 1994 drängt die RPF in den Osten der DR Kongo ein, um Hutu-Flüchtlingslager – teils gewaltsam – aufzulösen. Sie hatte die Absicht, Täter:innen des Genozids aufzuspüren, die sich dort versteckt hielten. Neben bewaffneten Gruppen greift sie dabei auch immer wieder zivile Infrastruktur an. Ab November 1994 beginnt das **Internationale Straftribunal für Ruanda** auf Beschluss des UN-Sicherheitsrates seine Arbeit. In der elfjährigen Tätigkeit des Gerichts werden 93 Verfahren gegen Personen, die beschuldigt werden, hauptverantwortlich für den Genozid zu sein, geführt.

---

<sup>1</sup> Vorwürfe sind u.a., dass die geschaffene kampffreie Zone es den Hutu-Täter:innen ermöglichte, zu entkommen, dass weiterhin Massaker in der Zone stattfanden, wobei die Franzosen nicht eingriffen und dass der Radiosender RTML, der ein entscheidender Faktor bei der Aufstachelung zum Genozid war, nicht am Senden gehindert wurde, als er in die französische Zone umzog. 2021 hat eine französische Historikerkommission die Rolle Frankreichs beim Genozid untersucht und kam zu dem Ergebnis, dass ein erhebliches Versagen bei der Verhinderung des Völkermordes vorlag. Auch die Unterstützung des Hutu-Präsidenten Habyarimana durch Frankreich wird darin sehr kritisch gesehen.

## National

Auch auf **nationaler Ebene** führt die ruandische Justiz zahlreiche Verfahren. Außerdem spielen die **traditionellen Institutionen der Abunzi-Mediation und Gacaca-Gerichte** eine wichtige Rolle. Letztere sollen zwischen 2005 und 2012 über eine Million Fälle verhandelt haben. Die Leugnung des Genozids steht unter Strafe. Außerdem duldet die ruandische Regierung die Bezeichnungen Hutu oder Tutsi nicht mehr. Im Aufarbeitungsprozess haben die Akteur:innen festgehalten, dass diese Bezeichnungen historisch bedingt sind und von den Kolonialmächten forciert wurden. Des Weiteren wird 1999 eine Einheits- und Versöhnungskommission ins Leben gerufen. Diese ist u.a. verantwortlich für die Förderung des Zusammenlebens zwischen Täter:innen und Opfern und für Maßnahmen der Friedensbildung. Auch aus der Zivilgesellschaft gibt es Initiativen zur Versöhnung. Die Association Modest et Innocent organisiert den Wiederaufbau zerstörter Häuser, gibt Polizist:innen Kurse in Gewaltprävention, schult Freiwillige in der Betreuung von Traumatisierten, unterstützt Schüler:innengruppen, in denen Kinder gemeinsam Theater spielen und organisiert Gespräche zwischen Täter:innen und Opfern.

## Welche Friedensansätze werden diskutiert?

Die bisherigen Friedensmaßnahmen sind Gegenstand von Diskussionen und Kritik. Human Rights Watch kritisiert beispielsweise, dass das Urteil der Gacaca-Gerichte in vielen Fällen nicht glaubwürdig und gerecht sei, da Personen u.a. nicht die Möglichkeit hätten, sich rechtlich zu verteidigen, Richter:innen voreingenommen seien oder unter Druck gesetzt würden. Außerdem seien die Verbrechen, welche von der RPF während des Bürgerkrieges von 1990 bis 1994 und in der anschließenden Verfolgung der Täter:innen begangen wurden, bisher nicht Gegenstand der gerichtlichen Aufarbeitung gewesen. Zudem wird bemängelt, dass die Täter:innen oder Familien von Täter:innen oft nicht die angeordneten Reparationszahlungen leisten könnten. Hinzu kommen Verletzungen von politischen Rechten und Menschenrechten (wie etwa das Recht auf freie Meinungsäußerung oder die Versammlungsfreiheit) unter Präsident Paul Kagame, der ehemalige Anführer der RPF. Er ist seit dem Jahr 2000 Präsident und regiert das Land autoritär.

## Quellen

- Bundeszentrale für politische Bildung (2020): *Gedenken an den Völkermord in Ruanda. Hintergrund aktuell*. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurzknapp/hintergrund-aktuell/307318/gedenken-an-den-voelkermord-in-ruanda/> (07.09.2022).
- Barnett, M. (2002): *Eyewitness to Genocide. The United Nations and Rwanda*. Cornell University Press.
- Dallaire, R. (2004): *Shake Hands with the Devil: The Failure of Humanity in Rwanda*. Carroll & Graf.
- Gourevitch, P. (2004): From We Wish To Inform You That Tomorrow We Will Be Killed With Our Families: Stories from Rwanda. In P. Bourgois & N. Scheper-Hughes (Hrsg.). *Violence in War and Peace: An Anthology* (S. 136-142). Blackwell Publishing.
- Harding, L. (Hrsg.): (1998): *Studien zur Afrikanischen Geschichte: Bd. 20. Ruanda – der Weg zum Völkermord: Vorgeschichte – Verlauf – Deutung*. LIT.
- Malkki, L.H. (2004): From Purity and Exile: Violence, Memory, and National Cosmology among Hutu Refugees in Tanzania. In P. Bourgois & N. Scheper-Hughes (Hrsg.). *Violence in War and Peace: An Anthology* (S. 129-135). Blackwell Publishing.
- Mamdani, M. (2001): *When Victims become Killers: Colonialism, Nativism and the Genocide in Rwanda*. Princeton University Press.
- Samset, V. (2011): Building a Repressive Peace: The Case of Post-Genocide Rwanda. *Journal of Intervention and Statebuilding*, 5(3), 265-283.
- Viebach, J. (2018): *Ruanda*. Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriege-konflikte/54803/ruanda/> (07.09.2022).
- Wanzeck, M. (o.J.): *Die Mörder sind wieder unter uns*. Online verfügbar unter: <https://www.friedensbildung-bw.de/ruanda-frieden/> (07.09.2022).

## Abbildungen

- Abbildung 1: *The World Factbook 2021*. Washington, DC: Central Intelligence Agency, 2021. Online verfügbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/rwanda/map> (18.08.2022).
- Abbildung 2: *The World Factbook 2021*. Washington, DC: Central Intelligence Agency, 2021. Online verfügbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/rwanda/locator-map> (18.08.2022).